

CHIARA SIMONESCHI-CORTESI GIBT ALS NATIONALRATSPRÄSIDENTIN DIE STRENGE HAUSMUTTER

Wehe dem, der ihr nicht passt

Von Verena Vonarburg, Bern

Wehe dem, der sie falsch anspricht – oder sagen wir: nicht so, wie sie es wünscht. Frau Simoneschi? «Simoneschi-Cortesil!», korrigiert einen die gross gewachsene Frau von oben herab und mit ausgestrecktem Zeigfinger. Man fühlt sich unversehens in die Schule zurückversetzt, getadelt von einer strengen Lehrerin wie nach einem Lapsus im Deklinieren von Vokabeln.

Strenge zeigen, das hat sich Chiara Simoneschi, die derzeit höchste Schweizerin, für ihr Jahr als Nationalratspräsidentin zur Maxime gemacht. So sitzt sie auf ihrem Präsi-



dentestuhl, umgangssprachlich Bock genannt, schwingt ihre Ratsglocke, dirigiert und massregelt die 199 Volksvertreterinnen und Volksvertreter, wie man es sich nicht gewohnt ist.

Als der scharfzüngige SVP-Mann Christoph Mörgeli der Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf kürzlich «verbale Dummheiten» vorwarf, traf ihn Simoneschis Bannstrahl unverzüglich: «In diesem Rat» verwende man keine respektlosen Worte, bekam Mörgeli zu hören. Und nicht einmal eine Replik brachte er zu stande. Sie sei doch nicht seine Mutter, hätte er antworten wollen, sagte er hinterher.

Auch SP-Präsident Christian Levrat bekam schon Simoneschis Strenge zu spüren – wenn auch als unfreiwillig komische Showeinlage. Als er in der UBS-Debatte von «golde-

nen Fesseln» sprach, glaubte die Tessinerin das französische «fesses» («Pobacken») zu hören. «Das dürfen Sie hier nicht sagen!», rief sie erregt ins Mikrofon. Wer seine Redezeit überschreitet, dem stellt sie kurzerhand das Mikrofon ab. Wer zu laut spricht oder nur schon zu oft im Saal umhergeht, wird ermahnt. Solches ist für die Parlamentarier neu.

Die SVP, mit Simoneschi schon länger auf Kriegsfuss, droht, mit einem Antrag die Ratspräsidentin abzusetzen. Die Kritisierte ficht das alles nicht an. Mörgelis Bemerkung sei «eine grobe Verletzung des Reglements», die Vorwürfe an sie hätten «kein Fundament». Sie sei gerecht und streng gegen alle Seiten. «Und ein paar Mal habe ich im Saal sogar schon Applaus bekommen.» Die SVP, «diese männerdominierte Fraktion», greife sie bloss an, weil sie Tessinerin und eine Frau sei, sagt die «Frauenrechtskämpferin der ersten Stunde», als die sie von Bundesrätin Calmy-Rey

schon gerühmt worden ist. Die 63-jährige Simoneschi, geboren in Zürich, aufgewachsen im Tessin und nach abgebrochenem Studium in Bern wieder ins Tessin gezogen, eckt auch dort an. Um die letzte Wahl musste sie zittern. Was nicht nur gegen sie spricht, zeigt sie doch Zivilcourage. So lässt sie sich vom diffamierenden Stil der Lega dei Ticinesi nicht einschüchtern.

Im kleinen Kreis zeigt Simoneschi auch eine warmherzige und grosszügige Seite sowie einen herben Charme. Die CVP-Frau ist politisch kein Schwergewicht, aber eine gewissenhafte, engagierte Politikerin. Nur steht sie sich mit ihren impulsiven und rechthaberischen Auftritten oft selber im Weg: Man nimmt sie mitunter nicht ernst.

SP-Chef Christian Levrat lacht noch immer über die «fesses». Er nimmt die Ratspräsidentin aber in Schutz: «Sie tut uns gut und verströmt eine Energie, die einige in diesem Haus nötig haben.»

AUF KUBA VERLIEREN ZWEI WEGGEFÄHRTEN VON FIDEL UND RAÚL CASTRO IHRE MACHT

Wenn aus Lieblingen plötzlich Feinde werden

Von Sandro Benini, Mexico City

Die Brüder Castro haben schon immer langjährige Weggefährten gnadenlos über die Klinge springen lassen, wenn es ihrem Machterhalt dient. Ein drastischer Fall ereignete sich Ende der 80er-Jahre. Damals wagte es der Revolutionsheld Arnaldo Ochoa, Reformen zu verlangen, worauf ihn die Regierung zum Sündenbock für ihre Verstrickungen ins internationale Kokaingeschäft machte. Nach einem vom Fernsehen übertragenen Schauprozess endete der hochdekorierte General vor einem Erschiessungskommando.

Obwohl also stalinistische Ränkespiele zur kubanischen Tradition gehören, sorgte Staatschef Raúl Castro vergangene Woche für eine gewaltige Überraschung: Er verkündete eine Kabinettsumbildung, bei der Aussenminister Felipe Pérez Roque und der Sekretär des Ministerrates, Carlos Lage, abserviert wurden. Beide galten als nibelungentreue Revolutionäre und mögliche Präsidenten der Nach-Castro-Ära. Daneben verloren weitere Minister und hochrangige Funktionäre ihre Stellung.

Demütigende Entschuldigungen

Nachdem Fidel Castro im Juli 2006 schwer erkrankt war, vertraute er die Macht vor gut einem Jahr endgültig seinem jüngeren Bruder an. Seither rätseln Kuba-Experten aus aller Welt,

ob Raúl wohl vor jedem Entscheid ans Krankenbett des Revolutionsführers eilen müsse – und ob ihm dies nicht irgendwann zum Hals heraushängen würde. Genau auf Letzteres schien die Kabinettsreform zunächst hinzudeuten, gehörten doch Pérez Roque und Lage zu Fidels liebsten Zöglingen. Den 44-jährigen Aussenminister hatte der Máximo Líder einst sogar als natürlichen Erben bezeichnet.

Umgehend folgte aber Überraschung Nummer zwei: In einem Zeitungsartikel schrieb Fidel, die beiden Minister hätten sich «vom süssen Honig der Macht» zu schweren Fehlern verleiten lassen, weshalb sie beim «ausländischen Feind» Illusionen geweckt und ihre Entlassung verdient hätten. Worin die Vergehen genau bestanden, blieb auch in den demütigen Entschuldigungsbriefen schleierhaft, welche die «Sünder» zwei Tage später publizierten. Oder wohl eher publizieren mussten.

Raúl Castro steht gegenwärtig vor zwei grossen Herausforderungen: zum einen die weltweite Wirtschaftskrise, die der ohnehin ausgelagerten kubanischen Bevölkerung schwer zusetzt. Zum anderen die neue amerikanische Regierung, die den US-Kongress gerade vorgestern zu einer Lockerung des seit Jahrzehnten herrschenden

HAGHEP



Raúl Castro wechselt zwei Regierungsmitglieder aus.

Wirtschaftsembargos bewegen konnte. Dies wird zwar die ökonomische Lage der Insel verbessern, das Regime aber auch einem erhöhten Reformdruck aussetzen.

Exorzismus auf Kubanisch

Unbestritten ist, dass Raúl Castro seine Macht konsolidiert hat. So setzte er mehrere der entlassenen Mandatsträger durch treu ergebene Militärs. Umstritten bleibt, ob der poli-

tische Handstreich als Signal für eine bevorstehende Öffnung zu verstehen ist. Vieles spricht dagegen: Carlos Lage galt schon seit langem als reformbereiter Pragmatiker. Und Pérez Roque gehörte zwar zu einer jungen Funktionsgruppe, die das Volk wegen ihrer Linientreue «die Taliban» nannte. Doch deuteten in jüngster Zeit mehrere lateinamerikanische und europäische Aussenminister an, dass ihr kubanischer Kollege durchaus zu Kompromissen bereit sei.

Vor allem aber hat sich Pérez Roque kraft seines Amtes ein internationales Beziehungsnetz geschaffen, das die Brüder Castro kaum mehr zu kontrollieren vermochten und ihm bei einem biologisch bedingten Generationenwechsel die Machtübernahme erleichtert hätte. Zumindest lassen sich so Fidels Vorwürfe interpretieren. Fast scheint es, als spiele bei der Absetzung ein unbewusster Exorzismus mit: Die Brüder Castro schaffen ihre möglichen Nachfolger aus dem Weg und hoffen, damit auch den Moment der Nachfolge zu bannen.

Das ist zugegebenermassen eine etwas esoterisch anmutende Spekulation, doch könnte die Methode funktionieren. Nachdem monatelang keine Bilder von Fidel Castro mehr erschienen waren, druckten die kubanischen Zeitungen kürzlich ein Foto, das ihn an der Seite des dominikanischen Präsidenten Leonel Fernández zeigt. Und, o Wunder: Der angeblich Sterbenskranke hat mehrere Kilos zugenommen und sieht auch sonst erstaunlich fit aus. Daraufhin verglich ihn die kubanisch-amerikanische Journalistin Gina Montaner mit Benjamin Button – dem von Brad Pitt gespielten Filmhelden, der im Verlaufe der Zeit nicht älter, sondern immer jünger wird.

DIE LEIDEN EINES AMERIKANISCHEN BANKKUNDEN

Geld wechseln: Donnerstags nur bis 16 Uhr

Von Ralf Kaminski, New York

Amerikanische Banken sind das Letzte. Wirklich. Sie verdienen es unterzugehen – nicht nur, weil ihre Führungsetage im Blindflug die kolossale weltweite Finanzkrise mitausgelöst hat, sondern weil ihr Service lausig und ihr System absurd ist.

Das fängt an beim Geldüberweisen. Der einzig verlässliche Weg dazu ist ein Check. Also ein Stück Papier, das man ausfüllt und zur Post trägt. Der Empfänger fischt es aus seinem Briefkasten, marschiert damit zu seiner Bank, wo der Betrag dann auf sein Konto gutgeschrieben wird. Je nach Zuverlässigkeit der Post dauert das drei Tage oder vier oder sieben. Auch grössere Beträge, zum Beispiel an die Steuerbehörde, werden so überwiesen. Geht ein solcher Check verloren (was immer wieder passiert), wird es richtig kompliziert. Sehr schnell sind Anwälte involviert, vor allem dann, wenn der Check doch noch ankommt, nachdem

man einen zweiten geschickt hat – oder eine falsche Person den ersten eingelöst hat.

20 Minuten für eine Einzahlung

Einzahlungsscheine? Gibt es nicht. Onlinebanking? Gibt es. Aber: Erstens wird die Verwendung mit hohen Gebühren bestraft, sobald man Geld auf ein Konto überweist, das nicht bei derselben Bank ist, und zweitens funktioniert es nur eingeschränkt. Mein letzter Versuch lief so: Ich füllte alle notwendigen Angaben im Onlineformular aus, und als ich den Vorgang abschliessen wollte, erschien ein Pop-up-Fenster und informierte mich, dass ich den Kundenservice anrufen müsse, um die Überweisung auszulösen. Dort beantwortete ich dann einem freundlichen Herrn nicht nur ein paar Sicherheitsfragen, sondern musste sämtliche Angaben, die ich gerade online gemacht hatte, mündlich buchstabieren. Der ganze Vorgang dauerte rund 20 Minuten.

Fünf Tage später war das Geld noch

immer nicht auf dem Konto des Empfängers. Ein Blick (online, das immerhin) auf mein eigenes Konto enthüllte: Das Geld ging zwar raus, kam aber noch am gleichen Tag zurück. Die Gebühren wurden natürlich trotzdem verrechnet, und zwar doppelt, einmal beim Rausgehen und einmal beim Zurückkommen. Nachfragen beim Kundenservice ergaben, dass die Empfängerbank die Überweisung abgelehnt hatte, weil das Konto nicht existiere. Was natürlich Unsinn war. Aber vielleicht hatte ich ja aus Versehen eine Zahl falsch getippt? Das liess sich leider nicht nachvollziehen, da im Onlinebanking-System keine Spur von diesem Auftrag zu finden war. Auch der Kundenservice konnte nicht weiterhelfen. Nach vier weiteren Telefongesprächen mit vier verschiedenen Stellen wurde mir immerhin ein Teil der Gebühren zurückerstattet. Und das Geld für den Empfänger? Ich habe einen Check geschickt.

Geld wechseln: Kann man, aber die Bedingungen variieren von Bank zu Bank. Nicht alle Filialen bieten den

Service an, und auch jene, die ihn anbieten, tun das nicht immer. Am Wochenende zum Beispiel nicht. Oder montags erst ab 10 Uhr. Oder donnerstags nur bis 16 Uhr. Am besten sucht man sich eine Filiale der eigenen Bank, lernt dort alle Regeln und geht dann immer nur dorthin.

Kontostand: Fällt er unter einen bestimmten Betrag, werden Strafgebühren erhoben. Egal, ob man bei derselben Bank noch ein anderes Konto mit viel Geld hat oder nicht. Eine Vorwarnung gibt es nicht.

Wer spart, wird bestraft

Kreditkarten: Sind direkt verbunden mit der Credit History, einem komplexen System, mit dem die Kreditwürdigkeit jedes Kunden beurteilt wird. Je besser die Credit History, desto höher die Kreditkartenlimite bzw. die Chance, eine Wohnung mieten oder ein Auto kaufen zu können. So weit, so gut. Die Credit History wird nun aber auch beeinflusst durch die Menge der Kreditkarten, die man hat, und durch

die Höhe der Limiten. Werden Limiten gekürzt oder Karten gestrichen, sinkt die Credit History. In den letzten Monaten haben viele Banken und Kreditkartenunternehmen genau das getan, mit der Begründung, dass die Karten zu lange nicht genutzt worden sind. Sind sie natürlich deshalb nicht, weil die Kunden angesichts der Krise ihren Konsum zurückgeschraubt haben und sich nicht noch weitere Schulden aufladen wollten. Dafür werden sie nun bestraft mit einer schlechteren Kreditwürdigkeit. Der einzige Weg, dies zu verhindern: Die Karten benutzen, also Schulden machen und saftige Gebühren an die Kreditkartenfirmen und Banken überweisen, wenn nicht rechtzeitig abgezahlt wird.

Kurz und gut: Wer es vermeiden kann, sich in die Klauen des amerikanischen Banken- und Finanzsystems zu begeben, darf sich glücklich schätzen. Aus Kundensicht gibt es kaum Gründe, warum diese Institutionen überleben sollten. Die beste Lösung: untergehen lassen und von vorne anfangen.